



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

Resettlement - Für eine neue Flüchtlingspolitik

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2594

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 16. Juli 2009 überwiesenen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in zwei Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 9. September 2009, befasst. Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU empfiehlt er dem Landtag, den Antrag in der folgenden geänderten Fassung anzunehmen:

Der Landtag wolle beschließen:

- 1.) Der Landtag begrüßt die Aufnahme irakischer Flüchtlinge im Rahmen des „Resettlement-Programms“ des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR).
- 2.) Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass in Zukunft regelmäßig Flüchtlinge im „Resettlement-Verfahren“ aufgenommen werden. Dabei sollen folgende Bedingungen berücksichtigt werden:
 - Schutzbedürftigkeit soll das einzige Auswahlkriterium sein,
 - das Resettlement Programm soll zusätzlich zur normalen Asylpolitik erfolgen und diese nicht ersetzen,

- den Flüchtlingen sollen dauerhafte Lebensperspektiven in Deutschland ermöglicht werden,
 - es muss eine Regelung über die finanzielle Förderungen der Kommunen durch das Land, den Bund oder die EU erstellt werden.
- 3.) Der Innenminister wird aufgefordert, mit dem Netzwerk Safe Haven und den Kommunen gemeinsam zu beraten, wie die Aufnahme der Flüchtlinge von Anfang an so gestaltet werden kann, dass die schnelle Integration der Flüchtlinge in den Kreisen und Städten sichergestellt wird. Dem Innen- und Rechtsausschuss ist über die Ergebnisse der Beratung zu berichten.

Werner Kalinka
Vorsitzender